

Frederik Büscher

Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Warendorf

Telefon: 01520 9464600

E-Mail: f.buescher@cdu-warendorf.de

www.cdu-warendorf.de

CDU-Ratsfraktion Warendorf – Raestrup 21, 48231 Warendorf

An den

Bürgermeister der Stadt Warendorf
Herrn Peter Horstmann
Lange Kesselstraße 4-6
48231 Warendorf

Warendorf, den 24. März 2021

**Ausbau der Offenen Ganztagschulen im Stadtgebiet
hier: Prognose des Betreuungsbedarfes und notwendiger Investitionen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Horstmann,

hiermit beantragt die CDU-Ratsfraktion Warendorf, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird,

1. eine Prognose zu der zukünftigen Entwicklung der Betreuungsbedarfe an den offenen Ganztagschulen im Stadtgebiet Warendorf vorzulegen.
2. kurz- bis mittelfristig notwendige Investitionsbedarfe für einen bedarfsgerechten Ausbau des offenen Ganztagsangebots und die daraus resultierenden Folgekosten aufzuzeigen.
3. gegenüber dem Bundes- und Landesgesetzgeber darauf hinzuwirken, die Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau des offenen Ganztagsangebots und der daraus resultierenden Folgekosten noch stärker als bisher finanziell zu entlasten.

Begründung:

Zu 1.:

In den letzten Jahren wurden Ganztags- und Betreuungsangebote in Nordrhein-Westfalen und der Stadt Warendorf kontinuierlich ausgebaut. Im Grundschulbereich bieten nach Angaben des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen mittlerweile rund 94 Prozent der Grundschulen in unserem Bundesland offene Ganztagsangebote an.

Zwischen dem Bund und den Ländern gibt es Bestrebungen auf die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) ab dem Schuljahr 2025. „Die Schulen in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern warten auf ein klares Signal des Bundes. Unser gemeinsames Ziel muss sein: Bildung hat Priorität, gerade bei der Ganztagsbetreuung“, hat Landesschulministerin Yvonne Gebauer bereits in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2018 mitgeteilt. Strittig ist nach unserem Kenntnisstand aber insbesondere die Frage, wie die Kosten für die Schaffung dieses Rechtsanspruches zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt werden.

Bereits heute ist auch in unserer Stadt kontinuierlich wachsende Nachfrage nach Betreuungsplätzen in der OGS feststellbar. Vor diesem Hintergrund stoßen die räumlichen Kapazitäten an vielen Grundschulstandorten zunehmend an ihre Grenzen. Um einen bedarfsgerechten Ausbau des OGS-Angebots

im gesamten Stadtgebiet zu ermöglichen, soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, eine Prognose zu der zukünftigen Entwicklung der Betreuungsbedarfe vorzulegen.

Der CDU-Ratsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, ein Hinterherhinken beim Ausbau der erforderlichen räumlichen Kapazitäten zu vermeiden und – wie aktuell im Kindergartenbereich – Bedarfe nur durch die Aufstellung mobiler Raumeinheiten hinreichend befriedigen zu können. Zugleich halten wir es für schwer vermittelbar, dass Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder bereits im frühen Kindergartenalter bis zu 45 Stunden in der Woche betreuen zu lassen, im Grundschulalter ein solches Betreuungsangebot jedoch nur eingeschränkt zur Verfügung steht oder gar in Gänze nicht gegeben ist.

Zu 2.:

Unter Bezug auf die Ausführungen zu 1. bittet unsere Fraktion die Stadtverwaltung darum, kurz- bis mittelfristig notwendige Investitionsbedarfe für einen bedarfsgerechten Ausbau des OGS-Angebots und die daraus resultierenden Folgekosten aufzuzeigen. Da uns gegenwärtig kein belastbares Zahlenmaterial zu möglichen Investitions- und Folgekosten vorlegen, sehen wir uns außer Stande, uns eine fundierte politische Meinung zum weiteren Ausbau des OGS-Angebots zu bilden und haushaltswirksame Entscheidungen zu treffen.

Zu 3.:

Die CDU-Ratsfraktion begrüßt es ausdrücklich, dass die Landesregierung die Mittel für den offenen Ganztags von 2017 bis 2021 von 454 Millionen Euro auf 602 Millionen Euro deutlich erhöht hat und der Bundesgesetzgeber mit dem Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder weitere Finanzhilfen zur Verfügung stellt. Für das Jahr 2021 erhält die Stadt Warendorf für den OGS-Ausbau, laut Aussage von Kämmerer Dr. Martin Thormann in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 15. März 2021, rund 380.000,- Euro.

Jedoch werden die Bundes- und Landesmittel bei weitem nicht ausreichen, um den bedarfsgerechten Ausbau des OGS-Angebots im Stadtgebiet und die daraus resultierenden Folgekosten decken zu können. Wir sprechen uns daher dafür aus, gegenüber dem Bundes- und Landesgesetzgeber darauf hinzuwirken, die Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau des OGS-Angebots und der daraus resultierenden Folgekosten noch stärker als bisher finanziell zu entlasten – idealerweise in Form einer Vollkostenerstattung.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Frederik Büscher
-Vorsitzender-

gez. Stephan Ohlmeier
-Ratsherr-